

## „Wir brauchen die Unterstützung der anderen“

### Norbert Spinrath, Bundestagsmitglied und europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat mit seinen Parteikollegen in Prag und Bratislava über Flüchtlingspolitik und Solidarität diskutiert

Es ist der 16. September – ein richtungsweisender Tag in der europäischen Politik. In Bratislava geht gerade der erste EU-Gipfel seit dem Brexit über die Bühne. SPD-Politiker Norbert Spinrath sitzt im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag. Soeben hat er sich im Abgeordnetenhaus mit seinen Kollegen der tschechischen Sozialdemokraten über bilaterale Themen, vor allem aber über die europäische Integration und die Flüchtlingskrise ausgetauscht. In vielem waren sie sich einig, in manchem gehen die Meinungen deutlich auseinander.

Ein tschechischer Sozialdemokrat und Senator mit syrischen Wurzeln erklärte jüngst, dass die Ansiedlung von Migranten aus dem arabischen Raum „schlechtes demografisches Management“ wäre. Ist eine derartige Aussage für einen deutschen Sozialdemokraten aus dem Mund eines Parteikollegen nicht befremdlich? Das versorgt gegen jeden Grundsatze, für den wir stehen. Die Grundrechte sind nicht verhandelbar und gelten für jeden Menschen. Dazu gehört das Recht auf Asyl, egal woher der Flüchtende kommt. Das steht in der Verfassung eines jeden EU-Mitgliedsstaates. Deshalb ist so eine Aussage völlig unverständlich.

**Skepsis bis offene Ablehnung**

gegenüber Migranten trifft man in Osteuropa oft an, auch bei Linken. Sie haben in der vergangenen Woche mit Kollegen der slowakischen SMER und der ČSSD intensive Gespräche geführt. Sind Sie etwas schlauer geworden, warum solche Meinungen existieren?

Wir haben über den Brexit, die europäische Integration, Wirtschafts- und Bildungsfragen geredet. Und natürlich auch viel über die Flüchtlingskrise. Ich habe sehr deutliche Unterschiede festgestellt, bin aber froh, zuerst Bratislava und danach Prag besucht zu haben. Denn hier in Prag habe ich gemerkt, dass die tschechischen Sozialdemokraten und auch die Haltung ihres Premiers einiges moderater und proeuropäischer sind als es in Bratislava der Fall war. Dennoch kam der Verweis auf eine verunsicherte und verängstigte Bevölkerung, obwohl hier kaum Flüchtlinge leben.

Doch die Rechten nutzen das Thema aus. Und die Sozialdemokraten glauben, diese Linie aus wahltaktischen Überlegungen mitgehen zu müssen.

**Was schlagen Sie Ihren Kollegen als Alternative vor?**

VON STEFFAN WELZEL  
Am Mittwoch vergangenen Woche verabschiedeten die tschechischen Parlamentarier zwei neue Gesetze, die der Verflechtung von Wirtschaft, Medien und Politik entgegenwirken sollen. Nur einen Tag zuvor hatte die britische Zeitschrift „The Economist“ einen Artikel veröffentlicht, der unter anderem von tschechischen Medienmogulen und deren Einfluss auf die öffentliche Meinung handelte.



Der 56-jährige Norbert Spinrath vergangene Woche auf dem Balkon der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag. Foto: Welzel

so nicht. Auch im kommunis-

tischen Machtbereich gab es zahlreiche Gastarbeiter aus Afrika oder Vietnam. Außerdem

haben wir in Deutschland auch erst seit 50, 60 Jahren Erfahrungen mit Gastarbeitern. Und die sind in den meisten Fällen geliebt, haben ihre Familien nachgeholt und ihre Kulturen gelebt. Dabei sind Parallelgesellschaften, geradezu moderne Ghettos entstanden. Diesen Fehler dürfen wir nicht noch mal machen. Aber zurück

zu den Einwändern: Die zehn neuen Mitgliedsstaaten hatten 2004 auch keine Probleme, die fehlende Erfahrung beim Stellen von Anträgen auf Strukturfördermittel schnellstmöglich zu kompensieren. Wenn man die Vorteile der EU will, muss man auch das Unangenehme mittragen.

**Wie kann man den Graben zwischen Ost- und Westeuropa überwinden?**  
Indem man eben keine populistische Politik betreibt und den Menschen das Wort redet, die fremdenskeptische Argumente ins Feld führen.

**Hier gab es von slowakischer oder tschechischer Seite gewisse den einen oder anderen Einwände.**  
Dermeist Gehörte war, dass man mit Einwandern aus fremden Kulturen einfach zu wenig Erfahrung habe. Nur stimmt das

Schnippsisch fügte er kurz nach der Abstimmung hinzu, er habe zur Zeit Wichtigeres zu tun, so zum Beispiel den Haushalt aufzustellen. Babiš blieb der Abstimmung demonstrativ fern und telefonierte aufreizend locker in den Hallen rund um den Abgeordnetensaal.

Was von den ANO-Abgeordneten als „Lex Babiš“ bezeichnet und vielfach als politisches Ränkespiel gegen ihren Chef verstanden wird, ist eine aus rechtsstaatlicher Sicht überfällige Novelle. Die Zustimmung

Die Osteuropäer waren begeistert von den demokratischen Abläufen in Brüssel.

**Viele tschechische Bürger und auch Politiker fühlen sich inzwischen als kleine Nation an den Rand gedrängt und von Brüssel bevormundet.**  
Seit dem Vertrag von Lissabon gilt der Mehrheitsbeschluss. Und diesen Vertrag haben auch die demokratisch gewählten Regierungen in Osteuropa, inklusive Tschechien, unterzeichnet. Nun ist der erste Mehrheitsbeschluss ausgerechnet derjenige zur Verteilung der Flüchtlinge nach bestimmten Quoten.

**Gegen die sich vor allem die Visegrád-Staaten vehement wehren.**  
In Bratislava habe ich von SMER-Vertretern den Vorwurf gehört, das sei ein Befehl aus Brüssel. Das ist aber kein Befehl, sondern eine demokratische Entscheidung. So sieht es in den Verträgen. Ich habe als Demokrat von klein auf gelernt: eine Mehrheit ist eine Mehrheit. So funktioniert Demokratie nun mal.

**Mit Demokratielehrstühlen kann man aber keine Ängste vor Fremden bekämpfen.**  
Ich kann die Unsicherheit verstehen. Aber Angst? Nein. Ängste werden geschürt von populistischen Politikern. Ich will aber

während seine eigene Firma gerade milliardenschwere Staatsaufträge abschöpft“, so der 41-jährige.

**Einseitige Berichterstattung**  
Die Verquickung wirtschaftlicher und medialer Macht mit politischen Mandaten ist auch in anderen postkommunistischen Staaten eines der drängendsten Probleme. Der Artikel des „Economist“ schlug deshalb auch in den tschechischen Medien hohe Wellen. Bereits vorher hatte der Journalist Robert Bičević von

Flüchtlingssteuerung auf Brüssel übertragen. Und danach vergleichbare Standards entsprechend den Lebensumständen in den jeweiligen Ländern setzen. Gleiche Standards im Asylverfahren, bei Anerkennungsquoten, bei der rechtlichen Situation, bei der Unterbringung, bei der Bildung, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und den Sozialleistungen. Die EU müsste dabei nicht nur die Kosten für Asylsuchende, sondern auch die damit zusammenhängenden Aufwendungen für die Infrastruktur übernehmen. Dafür müssten die Haushaltsbeiträge erhöht werden. Die Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, würden also finanziell profitieren.

**Das heißt nichts anderes, als fehlenden Willen mit monatlichen Anreizen zu bekämpfen.**

Im Prinzip ja. Aber man könnte sogar überkompensieren und Infrastrukturprojekte angehen, die man für die eigene Bevölkerung sowie braucht. Der negative Aspekt: Wenn ein Flüchtling das Land verlässt, muss dieses die entsprechenden Kosten zurückerstaten.

**Im Gespräch war auch das Malus-System, also für jeden nach Quote nicht aufgenommenen Flüchtling muss ein Staat 250.000 Euro nach Brüssel überweisen. Wäre das praktikabel?**  
Der Ansatz wäre richtig. Aber die Zahl ist absurd hoch. Doch hat die Empörung über diese hohe Summe eine Diskussion angestoßen, wie man fehlende Antrahmehbereitschaft kompensieren kann. Die Slowakei zum Beispiel bietet an, zur Sicherung der Außergrenzen Personal nach Griechenland zu entsenden. Das Credo lautet dabei aber immer: Schickt uns nur keine Muslime! Hier kann ich aber nur noch mal darauf verweisen: Unser Grundgesetz, die Genter Flüchtlingskonvention und die europäischen Verträge verpflichten uns ganz klar zur Hilfeleistung. Und Deutschland schafft das nicht alleine. Wir sind auf die Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten angewiesen. Das ist keine Frage der Solidarität Deutschland, sondern den Flüchtlingen gegenüber.

*Die Fragen stellte Stefan Welzel.*

## Politiker an die kurze Leine

Das Abgeordnetenhaus will das Gesetz über Interessenkonflikte verschärfen – Andrej Babiš wehrt sich

VON STEFFAN WELZEL

Zukunft auch verbieten, dass Regierungsmitglieder (Mit-)Eigentümer von Fernseh- und Radiosendern oder von Printmedien sind. Abgelehnt wurde ein Vorschlag des Sozialdemokraten Jan Chvojka, wonach Mitglieder der Exekutive ihre Posten in Unternehmen komplett räumen sollten. Bevor die Gesetzesänderungen in Kraft treten, muss noch der Senat zustimmen. Wirksam dürften sie somit wohl erst in der nächsten Legislaturperiode ab Ende 2017

werden. Die Zustimmung während seiner eigenen Firmagerade milliardenschwere Staatsaufträge abschöpft“, so der 41-jährige.  
**Einseitige Berichterstattung**  
Die Verquickung wirtschaftlicher und medialer Macht mit politischen Mandaten ist auch in anderen postkommunistischen Staaten eines der drängendsten Probleme. Der Artikel des „Economist“ schlug deshalb auch in den tschechischen Medien hohe Wellen. Bereits vorher hatte der Journalist Robert Bičević von